W-04-391 Zum Besseren. Neues Wachstum für unser Land.

Antragsteller*in: BAG Migration & Flucht / BAG Europa / BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Beschlussdatum: 03.10.2026

Änderungsantrag zu W-04

Nach Zeile 391 einfügen:
Rechte durchsetzen, Ausbeutung beenden:

Arbeitsrechte dürfen nicht nur auf dem Papier existieren, sie müssen auch wirksam durchgesetzt werden. Eine zentrale Leerstelle in Deutschland ist das Fehlen einer wirksamen Arbeitsinspektion. Die bestehenden Kontrollstrukturen sind zersplittert, unterfinanziert und häufig zu schwach, um systematische Verstöße konsequent zu verfolgen. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls kann diese Aufgabe nur begrenzt erfüllen. Während unsere Nachbarländer über Arbeitsinspektionen verfügen, die Verstöße gegen das Arbeitsrecht kontrollieren, sanktionieren und Beschäftigte aktiv schützen können, fehlt in Deutschland ein vergleichbares Instrument. Wir wollen die Arbeitsinspektion gemeinsam mit den Gewerkschaften neu aufstellen. Insbesondere in Branchen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen müssen flächendeckende Kontrollen gewährleistet und Verstöße gegen Arbeitsrechte konsequent sanktioniert werden.

Zugleich wollen wir ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften schaffen, damit diese auch unabhängig von individuellen Klagen betroffener Beschäftigter gerichtlich gegen Verstöße gegen arbeitsrechtliche Schutzvorschriften vorgehen können.

Es braucht spezialisierte Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die Expertise im Bereich der Arbeitsausbeutung, des Menschenhandels zum Zweck der Arbeitsausbeutung sowie organisierter Verstöße gegen Arbeits- und Sozialstandards aufbauen. Die Staatsanwaltschaften müssen personell besser ausgestattet werden, damit Ermittlungen wirksam geführt und Verfahren konsequent abgeschlossen werden können. Ausbeuterische Arbeitsbedingungen sind keine Einzelfälle, sondern häufig Teil eines Geschäftsmodells, das gezielt auf der Unsicherheit und Abhängigkeit von Beschäftigten aufbaut. Deshalb müssen Arbeits-, Finanz-, Sozialversicherungs- und Strafverfolgungsbehörden enger zusammenarbeiten und mit wirksamen Instrumenten ausgestattet werden, um gegen solche Strukturen vorzugehen. Beratungsstellen wie Faire Mobilität und Faire Integration wollen wir stärken.